

«Es muss bei den Bilateralen vorwärtsgehen»

Swissmem-Präsident Martin Hirzel hält nichts von Subventionen und Industriepolitik wie in den USA und der EU. Was für die Maschinenindustrie zentral ist und wieso er den Bundesrat in der Pflicht sieht, erklärt er im Gespräch mit Peter A. Fischer und Dominik Feldges

Die Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die stark gestiegene Inflation und die Energiekrise haben die Weltwirtschaft erschüttert. Wie geht es der Schweizer Maschinenindustrie?

Die Branche steht bestimmt vor einer Abkühlung. Allerdings haben die Firmen trotz allem noch immer gut gefüllte Auftragsbücher. Es herrscht kein Alarmismus, aber die Sorgen nehmen zu. Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte gerät zunehmend unter Druck. Geschlossene Grenzen, unterbrochene Lieferketten und der zunehmende Protektionismus untergraben die Wohlstandsgewinne, die wir der Globalisierung verdanken.

Leidet die Maschinenindustrie darunter?

Was die Unternehmen direkt spüren, sind die Sanktionen, welche die USA und China gegeneinander verhängt haben. Auch dass sie gegenseitig zunehmend nicht mehr technische Standards anerkennen, behindert unsere Geschäfte. Die USA brachten uns den Freihandel bei. Nun sind ausgerechnet sie es, die den Protektionismus mit einem Strauss von Massnahmen wie Investitions- und Exportkontrollen, Steuerrabatten auf inländisch gefertigten Produkten und Subventionen vorantreiben. Man muss sich das einmal vorstellen: Amerika investiert nun 2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Industriepolitik.

Viele Schweizer Industrieunternehmen produzieren längst auch in den USA. Klar gibt es Profiteure. Das Ganze führt jedoch dazu, dass auch Europa zunehmend dem Protektionismus huldigt.

In Deutschland übernimmt der Staat einen Teil der stark gestiegenen Strom- und Energierechnungen von Firmen. Dieser Eingriff trifft unsere Unternehmen direkt, denn ihre wichtigsten Konkurrenten stammen oft aus Deutschland.

Die Schweiz hat darauf verzichtet, den Strompreis zu deckeln. Ärgert das Ihre Mitglieder?

Der Maschinenbau ist keine energieintensive Branche. Aufwendungen für Energie machen meist nur 1 bis 2 Prozent der Gesamtkosten aus. Dennoch gibt es im MEM-Sektor auch einige Grossverbraucher. Es sind Stahlwerke, Giessereien, Härtereien, rund ein Dutzend Betriebe. Sie sind gegenüber ausländischen Konkurrenten klar benachteiligt und existenziell gefährdet.

Diese Firmen bitten um Hilfe – was sagen Sie als Verbandspräsident dazu?

Wir fordern als Swissmem keine Subventionen für den Stromeinkauf und keine Industriepolitik, wir brauchen gute Rahmenbedingungen. Allerdings muss über andere Massnahmen, wie zum Beispiel mehr Effizienz in der Netznutzung und dafür tiefere Netzentgelte, diskutiert werden. Andere Länder wie Frankreich und Deutschland glauben, mit der Giesskanne Subventionen ausschütten zu müssen. Das wird sie und ihre Bevölkerung teuer zu stehen kommen. Die Schweiz ist ohne Industriepolitik gut gefahren. Als eines von wenigen Ländern schaffte sie es, ab 2000 die Produktivität in der verarbeitenden Industrie um über 60 Prozent zu steigern. Zugleich ist die Zahl der Beschäftigten im Industriesektor anders als in Frankreich nicht gesunken – im Gegenteil. Mit 325 000 Personen beschäftigt die MEM-Branche heute mehr Personen als in den neunziger und in den nuller Jahren. Eine Deindustrialisierung hat in der Schweiz nicht stattgefunden.

Im Zuge der Dekarbonisierung wird der Stromverbrauch stark steigen. Gefährden Engpässe in der Stromversorgung den Standort Schweiz?

Dass die Schweiz mit einer Strommangellage rechnen muss, ist selbstverständlich. Wir müssen mehr Strom in diesem Land produzieren. Glücklicherweise haben wir die Technologie dazu. Schweizer Tech-Firmen kennen sich in



Martin Hirzel steht dem Branchenverband Swissmem seit Anfang 2021 vor. KARIN HOFER/NZZ

der klimaneutralen Stromproduktion oder in Fragen der Speicherung bestens aus. Allerdings werden wir trotz allem in der Schweiz langfristig höhere Strompreise haben. Geschäftspläne, die noch auf Energiepreisen von unter 10 Rappen pro Kilowattstunde basieren, müssen neu geschrieben werden.

Solkraftanlagen sind in der Schweiz noch immer dünn gesät, auch auf Fabrikdächern. Hat die Industrie geschlafen?

Ich unterhalte mich mit vielen Patrons, und aus den Gesprächen geht klar hervor: Jeder weiss heute, wie viele Megawatt Strom sein Betrieb pro Jahr verbraucht. Und jeder hat ein Projekt für eine Photovoltaikanlage. Was sich auch herauskristallisiert: Die meisten Industrieunternehmen wollen künftig ungefähr ein Drittel des benötigten Stroms selbst produzieren, ein Drittel über langfristige Verträge absichern und ein Drittel am Spotmarkt beziehen.

Werden Industriebetriebe Aktivitäten von der Schweiz in Regionen mit tieferen Energiekosten wie die USA und China verlagern?

Grosse Herausforderungen sind ein treuer Begleiter der Schweizer Industrie. Sie muss seit langem mit dem starken Franken fertigwerden. In den vergangenen Jahren hat sich auch der Fachkräftemangel deutlich verschärft. All das zwingt sie, innovativ und agil zu sein. Unsere Betriebe operieren erfolgreich in Nischen. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechtern und wir weiterhin Zugang zu den Exportmärkten haben. Europa ist mit einem Exportanteil von über 55 Prozent mit Abstand der wichtigste Kunde des MEM-Sektors und dürfte es noch über Jahrzehnte bleiben, trotz wachsenden Geschäften mit den USA und Asien. Es muss beim Thema der Bilateralen endlich vorwärtsgehen.

Was passiert, wenn die EU wie geplant ihren Mitgliedsländern ab 2026

vorschreibt, mindestens 70 Prozent des Stromhandels untereinander abzuwickeln?

Auch das muss Teil eines Bilateralen-III-Pakets sein. Die Sicherstellung der Stromversorgung ist für uns nach dem barrierefreien Zugang zu den Absatzmärkten die zweitwichtigste Frage im EU-Dossier. Den Medien war zu entnehmen, dass die Sondierungsgespräche für die Bilateralen III zufriedenstellend verlaufen seien. Nun muss mit Brüssel formell verhandelt werden. Wir fordern den Bundesrat auf, noch im ersten Quartal das Mandat dafür zu verabschieden und die Verhandlungen innerhalb von zwölf Monaten nach Beginn abzuschliessen. Damit wäre gewährleistet, dass man ein Ergebnis hätte, bevor das EU-Parlament 2024 neu gewählt wird und die gegenwärtige EU-Kommission abtritt.

Manche argumentieren, man solle sich von der EU nicht unter Druck setzen lassen.

Was ist denn die Alternative? Bis 2025 zuwarten? Dann wäre das Problem bei den Stromimporten real. Man kann die Situation auch geopolitisch betrachten. Angesichts einer zunehmend tripolaren Welt mit protektionistischen Zonen wäre es doch töricht, die Beziehungen mit unserem direkten Nachbarn, Kultur- und Wirtschaftspartner nicht auf eine feste neue Grundlage zu stellen. Das zeigt sich akut in der Forschungszusammenarbeit. Wir sind eine Tech-Industrie, wir differenzieren uns durch Innovation, nicht durch günstige Kosten. Wir sind auf den Wissenstransfer aus Hochschulen angewiesen. Das Epizentrum der Fertigungstechnik sind die Schweiz und Deutschland. In dem geografisch engen Raum, beim Austausch mit Institutionen wie der TU München, wirkten die Forschungsprogramme der EU. Wir brauchen dringend den Wiederanschluss an Horizon.

Kritiker halten die dynamische Übernahme von EU-Recht für bedenklich. Ist das kein wunder Punkt?

Eine dynamische Rechtsübernahme haben wir schon heute beim Luftverkehrsabkommen, und wir haben keine Probleme damit. Auch die Aktualisierung der für uns wichtigen Abkommen über technische Handelshemmnisse wird alle kaltlassen. Anstoss nehmen kann man im Bereich der Personenfreizügigkeit beim Lohnschutz. Ich verstehe, dass unsere Sozialpartner damit ein Problem haben. Allerdings sollte auch da eine Lösung möglich sein, etwa mit einer Ausnahmeregelung. Man sollte jetzt einfach zügig darüber verhandeln.

Droht die Zuwanderung, die in jüngster Zeit wieder zugenommen hat, die Schweizer Bevölkerung nicht zunehmend zu überfordern?

Der Fachkräftemangel stellt das grösste Risiko für den Werkplatz Schweiz dar. Wir können schon heute 10 Prozent der Lehrstellen nicht besetzen, weil wir schlicht keine Bewerbungen dafür erhalten. So gesehen, sind wir dringend auf die Personenfreizügigkeit angewiesen.

Gäbe es nicht genügend inländische Reserven?

Wir zeigen als Verband, dass wir sinnstiftende Jobs in Zukunftsbranchen anbieten haben. Firmen investieren in Automatisierung, nicht um Jobs abzubauen, sondern um die fehlenden zu ersetzen. Die Betriebe bieten flexiblere Arbeitsbedingungen, um Mitarbeiterinnen mit kleinen Kindern zu gewinnen. All das wird aber nicht ausreichen. Und jetzt kommt noch die demografische Alterung dazu.

Der Wettbewerb um Arbeitskräfte wird härter.

Hätten wir keine Personenfreizügigkeit mehr, wäre das ein immer schlimmer werdender Standortnachteil. Wir müssen Fachleute herholen können, die helfen, den hiesigen Arbeitskräften

ihre Jobs zu sichern. Gleichzeitig sollten wir die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber der hohen Zuwanderung ernst nehmen.

Was soll das konkret heissen?

Ich sehe da nicht zuletzt den öffentlichen Sektor in der Pflicht. Dieser hat am meisten zusätzliche Stellen geschaffen und zeigt sich in Lohnrunden generöser, als viele in der Privatwirtschaft sich dies leisten können. Damit meine ich nicht die Pflege und die Bildung, sondern die Verwaltung.

Etwas weniger Bürokraten würden das Problem kaum allein lösen...

...dann bleibt nur noch, dass die Älteren länger arbeiten. Sonst werden Firmen Arbeitsplätze dorthin verschieben, wo es noch arbeitswillige Fachkräfte hat. Das ist keine Drohung, aber es wäre eine gefährliche Entwicklung für die Zukunft des Standorts Schweiz.

Es gibt Vorschläge, die Zuwanderung durch eine Rückkehr zu Kontingenten oder mit Lenkungsabgaben zu beschränken.

Kontingente sind ein Bürokratiemonster und bevorteilen die grossen und politisch am besten vernetzten Unternehmen, während mit der Personenfreizügigkeit diejenigen kommen, die am Markt am dringendsten gebraucht werden. Zölle auf Menschen müssten, um die Zuwanderung substanziell zu beschränken, so hoch sein, dass sie der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Firmen schaden würden: ein Eigengol.

Sie fordern vom Staat keine Industriepolitik, sondern gute Rahmenbedingungen. Was heisst das?

Leider wurde in den letzten Jahren einiges verschlampt. Wir begrüssen es sehr, dass der Bundesrat nun wie versprochen per 2024 die Industriezölle abschaffen will. Uns helfen auch Freihandelsabkommen. Wir haben zwar eine stattliche Anzahl davon, aber bei einer ganzen Anzahl von Märkten, denen ein schnelles Wachstum vorausgesagt wird, keines.

Sie denken an die USA?

Das ist wohl etwas zu viel verlangt. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass die Administration Biden zum Abschluss neuer Freihandelsabkommen bereit ist. Aber wir haben ein fertig ausgehandeltes Abkommen mit dem Mercosur, vor dem die Politik Angst zu haben scheint. Das finde ich falsch. Auch mit Indien sollte man endlich zu einem Abschluss kommen. Und mit China haben wir zwar ein Freihandelsabkommen, aber die meisten unserer Hightech-Maschinen sind von der Zollbefreiung ausgenommen. Man sollte das Abkommen erweitern und aktualisieren.

Mit China – ist das realistisch?

Soweit ich verstanden habe, möchte der Bund neu über die Themen Nachhaltigkeit und Menschenrechte verhandeln. Ich habe soeben den Vizeministerpräsidenten Chinas, Liu He, getroffen. Er versicherte mir, China habe konkrete Lösungen zur Nachhaltigkeit und zum Umweltschutz präsentiert und werde sich auch bei den Menschenrechten trotz fundamental unterschiedlicher Einschätzung der Problematik flexibel zeigen. Ich bin optimistisch.

Dabei wollen doch gerade viele Firmen weg von China.

Das erlebe ich in unseren Firmen anders. Was ich sehe, ist, dass man sich der Risiken bewusster geworden ist. Aber wir betrachten China weiterhin als einen Schlüsselmarkt, in dem man investieren und produzieren will. China für China. Die verlängerte Werkbank finden nun viele eher in Malaysia, Indonesien oder Indien. Und sie suchen nebst chinesischen Lieferanten eine zweite Bezugsquelle, um resilienter zu werden. Es gibt Veränderungen, aber es ist kein Abschied von China.

«Man muss sich das einmal vorstellen: Amerika investiert nun 2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Industriepolitik.»

Industrieller mit breiter Erfahrung

Er verkörpert geradezu idealtypisch das Bild eines bodenständigen und gleichwohl weltoffenen Schweizer Industriellen. Am Beginn der Karriere des 1970 in Zürich geborenen Martin Hirzel stand eine Berufslehre. Nach ersten Erfahrungen bei IBM Schweiz und einem Studium der Betriebswirtschaft an der ZHAW zog es ihn ins Ausland. Für den Rieter-Konzern baute er ab dem Jahr 2000 von Schanghai aus das Textilmaschinen-geschäft in China auf und führte ab 2005 das Autozuliefergeschäft. 2007 wechselte er nach Brasilien, von wo aus er die Autoparte in Lateinamerika, im Nahen Osten und in Afrika leitete. 2011 kehrte er in die Schweiz zurück, um als CEO bis 2019 die an die Börse gebrachte Autoneum zu leiten. Seit Anfang 2021 präsidiert Hirzel den Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Er ist Mitglied des Verwaltungsrats von Bucher Industries, der Dätwyler Holding und drei privat gehaltener KMU und leitet den Beirat der ZHAW. Hirzel ist verheiratet und Vater zweier Kinder.